

GD / Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion vom 15. September 2025

Kann das gut etablierte und wirkungsvolle kantonale Brustkrebs-screening-Programm «donna» kostendeckend weitergeführt werden?

Antwort der Regierung vom 11. November 2025

Die SP-GRÜNE-GLP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 15. September 2025 danach, ob der chancengerechte Zugang zur Brustkrebsfrüherkennung auch mit dem neuen Tarifsysteem für den ambulanten Bereich (bestehend aus dem TARDOC und ambulanten Pauschalen) gewährleistet sei und ob das Programm bei nicht kostendeckenden Tarifen auf dem Spiel stehe. Dasselbe gelte auch für das seit dem Jahr 2022 etablierte Darmkrebscreeningprogramm.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Am 30. April 2025 hat der Bundesrat die Einführung des neuen Tarifsystems für den ambulanten Bereich (TARDOC und ambulante Pauschalen) per 1. Januar 2026 genehmigt. Infolge dieses Entscheids hat der Krankenversicherer CSS alle Verträge für die organisierten Brust- und Darmkrebs-Früherkennungsprogramme per Ende des Jahres 2025 gekündigt. Die anderen Einkaufsgemeinschaften (tarifsuisse und HSK [Helsana Versicherungen AG, Sanitas Grundversicherungen und KPT Krankenkasse AG]) haben die Verträge zwar nicht formell gekündigt, betrachten sie aber aufgrund der Änderung des Tarifsystems als hinfällig. Die Vergütung für radiologische Leistungen im Rahmen der organisierten Früherkennung sinkt gegenüber dem TARMED-Tarif erheblich.

Um die neuen, ab dem Jahr 2026 geltenden Tarife festzulegen, hat eine von den Screening-Programmen mandatierte Delegation von Swiss Cancer Screening (SCS) ein Ad-hoc-Team gebildet. Der Verhandlungsprozess mit allen Einkaufsgemeinschaften unter der Schirmherrschaft von prio.swiss hat im August 2025 begonnen. Die Verhandlungen konzentrieren sich zunächst auf die Brustkrebsfrüherkennung und anschliessend auf die Darmkrebsvorsorge.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Was resultiert aus den Verhandlungen mit den Tarifpartnern zu den Tarifen für Screening-Mammografien im Rahmen des kantonalen «donna» Programms?*

Zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Interpellation ist der Regierung bekannt, dass die von prio.swiss koordinierten Verhandlungen zwischen der von den Screening-Programmen mandatierten Delegation von SCS und den Einkaufsgemeinschaften der Versicherer zu einer vorläufigen Einigung geführt haben. Das Verhandlungsergebnis ist jedoch erst definitiv, wenn tarifsuisse im November 2025 die offizielle Genehmigung seiner Mitglieder hat. Bis auf Weiteres ist über den Inhalt der Verhandlungen und das genaue Resultat absolutes Stillschweigen vereinbart. Die vereinbarte Anzahl Taxpunkte für eine Screening-Mammografie wird jedoch gesamtschweizerisch für alle Programme gelten und ist somit auch für das Programm «donna» bindend. Voraussichtlich wird die Vergütung durch die Krankenversicherer tiefer sein.

2. *Kann sich die Regierung vorstellen, den bereits geltenden Tarif für die Screening-Mammografie als fixen Betrag an den TARDOC zu übernehmen bzw. ist der Kanton bereit, mit der Krebsliga und den Krankenkassen zusätzliche Tarifverhandlungen zu führen, um die anfallenden Kosten in den Screening-Programmen zu decken?*

Tarife werden zwischen Leistungserbringer und Versicherer ausgehandelt. Die Regierung ist in diese Verhandlungen nicht involviert. Können sich die Verhandlungsparteien einigen und resultiert ein Tarifvertrag, muss dieser von der Regierung genehmigt werden. Scheitern die Tarifverhandlungen, muss die Regierung einen Tarif festsetzen. Gegen diese Festsetzung besteht eine Beschwerdemöglichkeit an das Bundesverwaltungsgericht.

3. *Wie steht es um Tarife für das Darmkrebsscreening-Programm?*

Die unter Frage 2 gemachten Ausführungen treffen auch auf das Darmkrebsscreening-Programm zu.

4. *Ist der Kanton bereit, allfällige Kostenlücken zu füllen und die Screening-Programme mit mehr finanziellen Mitteln zu unterstützen, gerade im Wissen, dass der «return on investment» gross sein wird, auch in Anbetracht der in Zukunft höheren Kostenübernahme der Gesundheitskosten durch den Kanton im Rahmen der EFAS?*

Der Kanton St.Gallen unterstützt die Screening-Programme seit der Einführung auch finanziell und möchte die Angebote für die Bevölkerung weiterhin sicherstellen. Dafür wird die Regierung zusammen mit der Krebsliga Ostschweiz verschiedene Optionen prüfen. Ob und in welcher Höhe eine Erhöhung der finanziellen Beiträge des Kantons notwendig wird, muss abgewartet werden. Eine Erhöhung des finanziellen Beitrags dürfte vor dem Hintergrund des Entlastungspakets 2026 (33.25.09), über das der Kantonsrat in der Winter-session 2025 beraten wird, als schwierig bewertet werden. Auch die Screening-Programme prüfen ihrerseits Massnahmen, um die Fortführung des Screening-Programms sicherzustellen.